

# Simburger Anzeiger

Zugleich amtliches Preisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Vortage).  
Bezugspreis: monatlich 3.00 Mark einschl. Postgebühren  
oder Dringertlohn.  
Telefon Nr. 82. — Postfach 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)  
Verantwortlicher Redakteur Hans Antke,  
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei  
in Simburg a. d. Bahn.

Anzeigenpreis: die 6spaltige 3-Millimeterzeile oder deren  
Raum 50 Hg. Die 91 mm breite Reklamezeile 1.50 M.  
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 82

Simburg, Montag den 12. April 1920.

83. Jahrgang

## Mehr Demokratie.

Die Presse der Rechtsopposition hat mit gewohnter Begier die Tatsache kommentiert, daß die Gewerkschaften Antrag zu neuen Forderungen an die Reichsregierung gestellt haben. Bekanntlich war dieser Schritt vorausgesetzt, daß sich damit nicht gesagt sein, daß er die innerpolitische Lage etwas erleichtert hätte. Nach allgemeinem Urteil hat die Regierung gerade in der Frage der Befriedung des Ruhrgebietes alles getan, was den Wünschen und Bedingungen der Gewerkschaften entgegenkam. Sie hat nach der Ansicht vieler bis zum letzten Augenblick mit dem bewaffneten Einmarsch gezögert und dann bekanntlich das Vorgehen der Reichswehrtruppen in so zurückhaltender Form durchgeführt lassen, daß eigentlich niemand Grund zu ernstlicher Beschwerde sehen konnte. Die Gewerkschaften haben nun das Verlangen nach sofortiger Zurückziehung der Reichswehr aus dem Industriegebiet gestellt, und es ist in der bürgerlichen Presse daher mit recht scharfen Worten darauf hingewiesen worden, daß damit der französischen Regierung eine gerade im jetzigen Augenblick unerwünschte Unterstützung zuteil würde. Insofern nun durch die Haltung der Gewerkschaften innerhalb der bürgerlichen Parteien der Eindruck hervorgerufen und bestätigt wird, als ob die Gewerkschaften sich als eine Art Nebenregierung neben der verfassungsmäßigen Regierung aufzutun gedächten, wird man nicht um eine endliche Klarstellung herumkommen. Es kommt noch außerdem hinzu, daß auch die mehrheitspolitische Partei sich dem Schritt der Gewerkschaften angeschlossen hat.

Wie verlautet, wird diese Tatsache Gegenstand weiterer Erörterungen innerhalb der Wehrheitssozialdemokratie sein, und es ist auch hier zu wünschen, daß im Interesse der uneingeschränkten Erhaltung der Koalition der drei Wehrheitsparteien eine möglichst weitgehende Klarstellung erfolgt. Da aber nicht anzunehmen ist, daß innerhalb der Wehrheitssozialdemokratie der Gedanke irgendwie Platz gegriffen haben sollte, als ob die Koalition nicht mehr notwendig sei, so dürfte sich hier alsbald das weitere ohne Schwierigkeiten ergeben. Es kann ja in Deutschland im gegenwärtigen Augenblick keinen wachstümlichen Politiker geben, der auch nur für die Dauer eines Augenblicks glauben könnte, daß das Schicksal Deutschlands auf einem anderen Wege als dem der Demokratie und der jetzigen Regierungsmehrheit zu sichern wäre. Wenn diese Auffassung etwa neuerdings innerhalb gewisser Kreise der Sozialdemokratie tatsächlich beinhalten sein sollte, dann wird es sicherlich den maßgebenden Persönlichkeiten gelingen, diesen Irrglauben zu beseitigen. Mehr denn je ist Deutschland darauf angewiesen, in einer demokratisch orientierten Welt als unbestreitbare Demokratie erkannt zu werden. Bedauerlich bleibt nur, daß diese unbestreitbare Tatsache im Lager der Rechtsopposition nicht mehr eindeutig genug ausgesprochen wird. Man gibt sich da trotz des Zusammenbruchs der Rappenherrschaft noch immer der kurzfristigen und geraden dornierten Angewandtheit hin, als ob eine bolschewistische Zwischenpause die Erfüllung geheimer monarchistischer Wünsche zur Folge haben könnte. Man vergißt dabei nur, und man sollte sich das endlich einmal klar machen, daß während dieser Epoche das Rheinland und Süddeutschland verloren sei und das Reich in Trümmer ginge.

## Die Lage im Ruhrgebiet.

Berlin, 10. April. In den Verhandlungen, die zwischen Vertretern der Regierung und Abordnungen aus dem Industriegebiet gestern stattfanden, legten, wie der „Börsen Zeitung“ berichtet wird, die Vertreter der Gewerkschaften besonderen Wert darauf, daß die Befriedung des Ruhrgebietes durch die Reichswehr nicht von langer Dauer sein dürfe. Die Reichswehr könne wohl augenblicklich Ordnung schaffen, nicht aber diese Ordnung dauernd aufrechterhalten, da seit dem Rapp-Putsch die Erbitterung gegen die Reichswehr unaussprechlich sei. Man werde sich in der Weise helfen müssen, daß man aus den Wehrheitsparteien Sicherheitsmannschaften rekrutiere. Gestern nachmittag wurden Besprechungen zwischen den gewerkschaftlichen Abordnungen des Ruhrgebietes, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und Vertretern der anderen an dem Berliner Generalkomitee beteiligten Organisationen gepflogen. Es handelt sich dabei um rein taktische Fragen, wie die Auslegung der Bielefelder Beschlüsse und der letzten Forderungen an die Reichsregierung.

Dortmund, 10. April. Im Industriebezirk werden immer noch bewaffnete rote Banden festgehalten. Die Hauptkräfte sind südlich der Ruhr abgezogen. Da sich aber im rückwärtigen Gelände erneut Unsicherheit bemerkbar macht, sucht die Reichswehr jetzt Spartenkämpfe und heimliche Waffenlager auf. In einem im Stadteil Brackel entdeckten Waffenlager fanden sich Munition und Sprengstoffe verborgen, auch fehlt die Zündschnur nicht. Die Roten hatten aber keine Zeit mehr zum Anzünden. Durch die 1700ge roten Herrschin ist Dortmund um viele Millionen geschädigt. Allein 1421 000 Mark bar Geld wurden erpreßt, auch die Wundenschäden sind sehr groß. Bei den Kämpfen am 7. April wurden 15 Bürger und durch blindwütiges Schießen in eine Beamteneinsammlung der Stadtrat Schürer getötet. Die Bürgerkraft ist äußerst demütig, da von der Rücknahme der Reichswehr geredet wird. Es ist unbedingt nötig, daß sie so lange bleibt, bis eine Beruhigung eingetreten ist.

Essen, 10. April. Nach einer Meldung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ belästigt sich der durch Plünderungen durch Rotascharen entstandene Schaden in der Stadt Essen auf über 10 Millionen.

## Die Befriedung des Auslandsgebietes.

Münster i. Westf., 9. April. (WZ.) Tausende von Arbeitern verließen die vom Militär besetzten Orte, um

sich ins bergische Land zu begeben. Hierzu erklärten Reichswehrkommissar Seering und Generalleutnant Watter, die Truppe komme zum Schutze aller Gutgesinnten und werde nur gegen die verantwortlichen Hebel und gewissenlosen Führer eintreten. Man lege aber Wert darauf, daß die Treuegeleiteten aufgestellt und zurückgewonnen werden. Die Truppe komme nicht als Rächerin. Wer nach dieser Zeit der Unruhe aus ehrlicher Überzeugung seine Absicht, auf ungesetzmäßigem Wege etwas zu erreichen, aufgibt, und sich zu seiner bisherigen Arbeitsstätte wieder begeben wolle, werde von der Truppe in keiner Weise gehindert.

## Neu Einmarsch in Düsseldorf.

Düsseldorf, 9. April. (WZ.) Nach einem von Minister Seering eingegangenen Telegramm, wonach mit der vorübergehenden Besetzung Düsseldorfs durch Reichswehrtruppen zu rechnen sei, beschäftigten sich die Stadtverwaltung und die Führer der Stadtstrafaktionen mit der Angelegenheit und sandten an die Regierung und an Seering folgendes Telegramm: Mit Rücksicht auf die bisherige ruhige Abwicklung in Düsseldorf erscheint uns nach der Lage der hiesigen Verhältnisse das Einrücken der Reichswehrtruppen in Düsseldorf gegenwärtig ungewöhnlich und bedenklich. Wir bitten, keine Maßnahmen zu treffen, ehe die Freitag vormittag eintreffende holländische Kommission gehört wurde.

## Fortbewegen der Gefahr im Ruhrgebiet.

Nach einer Meldung des „Tägl. Rundschau“ aus Münster sind auf der Bodumer Heide „Graf Beul“ zwei Zentner Sprengstoff von den Bolschewisten entwendet worden. Ferner sind Waffen und Munition verschoben worden. Man meint dort allgemein, daß die Aktion der Roten Armee sich besser vorbereiten wiederholen werde.

## Ententevertreter im Industriegebiet.

Essen, 9. April. (WZ.) Abends waren Vertreter der Entente hier um sich über die Lage im Industriegebiet zu informieren. Von den zuständigen Stellen konnte ihnen leicht nachgewiesen werden, daß bei der Befriedung des Ruhrgebietes die Versailler Friedensvertragsbestimmungen hinsichtlich der Rappherrschaft nicht abgetreten wurden. Auch überzeugten sich die Vertreter, daß die Reichswehr vom größten Teil der Bevölkerung mit Freuden empfangen wurde und wie sinnlos die Behauptung ist, das Einrücken der Reichswehr sei ein neuer Ausbruch des Militarismus.

## Erpressungen auf dem Land.

Barmen, 10. April. Die flüchtenden Rotgardisten verübten bei der Landbevölkerung Plünderungen und Erpressungen. Sie verschleudern die mitgeführte Bagage und die Zugtiere.

## Die Todesurteile.

Köln, 10. April. Bis her sind vom militärischen Standgericht 82 Todesurteile gefällt worden. Vier davon sind durch den Oberbefehlshaber bestätigt worden.

## Die Spatalkriegsgerichte im Vogtland.

Plauen, 10. April. (WZ.) Die rote Garde besetzte heute die hiesige Infanteriekaserne sowie den Bahnhof.

## Die neuen Besetzungen.

Eine Bekanntmachung des kommandierenden Generals des französischen 30. Armeekorps.

Es sind gegenwärtig falsche und tendenziöse Nachrichten im Umlauf, die geeignet sind, die Bevölkerung zu beunruhigen. Die eine dieser Meldungen behauptet, daß eine amerikanische Intervention stattgefunden habe und die französische Regierung aufgefordert worden sei, ihre Truppen aus der neu besetzten Zone zurückzuziehen. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Die andere Meldung bezieht sich auf einen Vorfall, der sich in der Gegend von Friedberg zwischen einer französischen und einer deutschen Kavalleriepatrouille abgespielt hat. Dieses Vorfalls ist beschränkt sich auf einige Schüsse, welche zwischen zwei Kavalleriepatrouillen gewechselt wurden, die im übrigen aber keine Folgen gehabt haben. Der Vorfall hat sich übrigens in der von den französischen Truppen besetzten Zone zugetragen und würde also nicht stattgefunden haben, wenn nicht eine deutsche Abteilung dort eingebracht wäre. Im Auftrage des Chefs des Generalstabs: Poupart.

## Falsche Gerüchte.

Darmstadt, 10. April. (WZ.) Die Meldung auswärtiger Blätter, daß es gestern in Darmstadt zu schweren Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und den Franzosen gekommen sei, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Von der Meldung ist kein wahres Wort außer der Tatsache, daß ein gewissenloses Frauenszimmer durch herausforderndes Benehmen den berechtigten Jörn einiger Passanten erregte und deshalb von dem Publikum geprügelt wurde. Es hat sich nichts ereignet, was einem Zusammenstoß auch nur ähnlich sehen könnte. Es darf im Gegenteil mit Genugtuung festgestellt werden, daß das Gros der Bevölkerung sich den Besatzungstruppen gegenüber zurückhaltend und deutscher Würde entsprechend benimmt.

## Unterschiedliche Auffassung innerhalb der Entente.

Münster a. M., 9. April. (WZ.) Nach dem Bericht eines besonderen Korrespondenten der „Daily News“ wogt Frankreich vollkommen unabhängig von seinem englischen und italienischen Verbänden vor. Sowohl Lloyd George als auch Curzon hatten London über die Osterfeiertage verlassen. Bonar Law, der den französischen Botschafter am Montag traf, scheint nicht den Eindruck erhalten zu haben, daß der Vormarsch unmittelbar bevorstehe. Daß die britische Regierung die Befriedung weder formell billigte, noch missbilligte, hatte seinen Grund wahrscheinlich in der Unmöglichkeit,

die Ansicht des gesamten Kabinetts einzuholen und mit Italien zu beraten. Die britische Regierung war der Ansicht, daß es eine sehr scharfe Auslegung des Friedensvertrages sei, wenn man Deutschland zwingen wolle, den Anzügen in der neutralen Zone untätig zuzusehen. Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß der Vorschlag eine ausgesprochene Strafmahnahme ist, und als solche durchaus der bisherigen Politik Fochs und Millerands entspricht, womit England und Italien bisher sich nicht einverstanden erklärten.

## Ein englischer Protest.

Paris, 9. April. (WZ.) Der Spezialkorrespondent des „Matin“ meldet aus London: „Man wird gewiß in Frankreich sehr überrascht davon sein, erfahren zu müssen, daß die britische Regierung jeder Erwartung zuwider heute nach Abhaltung von zwei Kabinettsitzungen beschloßen hat, gegen die französische Aktion in Deutschland zu protestieren. Diese Neugier wird unseren britischen Freunden, die in der Wehrheit seit zwei Tagen dauernd aus ihrer Unterdrückung vertrieben haben, ebenso überraschen wie uns selbst. Eine Note offiziellen Charakters, die heute durch eine Agentur veröffentlicht wird, heißt: „Der Eindruck, der hier verbreitet ist und durch die von Frankreich abgegebene Erklärung bestätigt wurde, daß die Alliierten und assoziierten Regierungen, nämlich Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Italien und Belgien, mit der französischen Regierung vollständig einig seien, ist gänzlich irrig. Die Wahrheit ist, daß die alliierten und assoziierten Regierungen der Politik eines Einrückens in die neutrale Zone immer entgegen gewesen sind. Es macht den Eindruck, daß die französische Regierung aus Gründen, die ihr gut scheinen, dieses Einrücken aus eigener Initiative vorgenommen hat, ohne die Zustimmung der Alliierten abzuwarten. Die Stellung der englischen Regierung zu dem Problem der sozialen Unruhen ist die, daß es allein eine Angelegenheit derjenigen Regierung ist, die jetzt nach Wiederherstellung des Friedens das deutsche Volk versorgt, und daß es die Alliierten nichts angeht, da sich die Ereignisse außerhalb derjenigen Zone vollziehen, für die sie verantwortlich sind. Der Korrespondent meldet dann dazu: „Die offizielle Protestnote werden morgen (heute den 9. April) durch Lord Derby an Millerand übergeben werden. Lloyd George, der gestern abend nach London zurückgekehrt ist, hat heute früh in der Downingstreet den französischen Botschafter empfangen, und mit ihm eine längere Unterredung gehabt. Lloyd George wird am 9. April nach Paris in Begleitung verschiedener Persönlichkeiten reisen. Die britische Regierung habe Cambon benachrichtigt, daß sie die Frage der französischen Intervention in Deutschland nicht in derselben Weise wie die französische Regierung ansehe.“

## Besprechung Rittis mit dem deutschen Geschäftsträger.

Mailand, 9. April. (WZ.) Dem „Corriere della Sera“ wird aus Rom gemeldet, daß Ritti gestern nachmittag neuerdings eine Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger hatte. In politischen Kreisen mißt man der Unterredung große Bedeutung bei. Sie wird in Zusammenhang gebracht mit den durch die Befriedung der neutralen Zone verursachten Ereignissen.

## Französische Besatzungen Lloyd Georges.

Paris, 10. April. Bertinax wendet sich im „Echo de Paris“ sehr scharf gegen Lloyd George. Er sagt: Dieser Lloyd George, der sich gestern noch einmal als Mann erwies, wie im Juli, August und September 1914, ist ein Politiker ohne Urteil, der selbst am Tage des serbischen Ultimatus die europäische Abweisung voraussetzte, dem am 2. September 1914 im Kabinettsrat, der über die Haltung Englands entscheiden sollte, seinen Kollegen drohte, er werde sich auf die Straße hinausbegeben, um sich an die Spitze der Parafisten zu stellen, wenn sich die Regierung auf die Seite Frankreichs schloge und der sich einen Monat später gegen den rettenden Pakt aussprach, durch den sich die Gegner Deutschlands verpflichteten, keinen Separatfrieden abzuschließen. 1914 begriff dieser Demagoge nicht, was die germanische Gefahr bedeutete. 1920 findet man ihn wieder ähnlich. Millerand verhandelte geduldig acht Tage lang mit Lloyd George und entschloß sich erst zu handeln, als er die Ohnmacht des gegenwärtigen englischen Parlaments erkannte, die Haltung einzunehmen, die die Sicherheit Frankreichs gewährleisten konnte. Lloyd George verglich der französischen Politik niemals, daß sie seit Januar in der Entente cordiale eine gewisse Unabhängigkeit beobachtete. Er wartet seine Stunde ab und glaubt, daß sie jetzt gekommen sei.

## Die Kurssteigerung der Mark.

Die Mark hat trotz den inner- und außerpolitischen Wirren der letzten Zeit einen dauernden Aufstieg ihrer Währung erfahren und heute mit 10 Centimes bereits fast das Doppelte ihres größten Tiefstandes von 5,5 Schweizer Centimes erreicht. Im Stand war am 27. Januar 5,5 am 11. März 8,05, am 1. April 8,80, am 10. April 10,0 Schweizer Centimes. Da gleichzeitig sowohl der amerikanische Dollar wie das englische Pfund beträchtlich zurückgingen, ist eine bedeutende wirtschaftliche Stärkung für uns zu erwarten. Den schwersten Sturz hat der französische Franc getan. Von einem Stand von 45,00 am 11. März sank er auf 38,25 am 1. April und auf 36,00 am 7. April und hat am 10. April seinen bisher tiefsten Stand mit 34,00 erreicht.

## Geldverschleppungen.

Berlin, 8. April. Nach dem „Lokalanzeiger“ sind von der polnischen Befriedung des Bahnhofs Reusab in Wehrpreußen 30 Millionen Mark, die vom Freistaat Danzig an die Reichsregierung abgeführt wurden, beschlagnahmt worden, angeblich weil es sich um Kapitalverschleppungen deutscher



Rausfleute aus Danzig handle. Auf die sofortige Reklamation bei der polnischen Regierung ist die Summe bereits freigegeben worden. Die Auslieferung ist jedoch noch nicht erfolgt.

### Der neue Reichsminister des Auswärtigen

Berlin, 9. April. (WZ.) Zum Reichsminister des Auswärtigen ist Reichskommissar Dr. Adolf Köster in Aussicht genommen. Köster entstammt einer Fischerfamilie in der Nordmark wurde am 8. März 1883 als Sohn eines Zollbeamten in Verden an der Aller geboren und besuchte nacheinander die Volksschule, die Realschule und das Gymnasium in Hamburg. Köster widmete sich dann dem Studium der Philologie und bezog nacheinander die Universitäten Hamburg, Halle, Marburg und Jülich. In der wissenschaftlichen Welt bekannt machte sich Köster mit einem Werk über die Ethik Pascals, einer Schrift über den jungen Kant, sowie einer Darstellung der Entstehung der modernen Pädagogik. Daneben machte sich Köster auch mit einem Novellenband „Die zehn Schornsteine“ und einem Roman „Die bange Nacht“ der 1913 erschien, einen guten Namen. Ausgedehnte Studienreisen, die Köster durch ganz Europa nach Asien, Afrika und Amerika führten, gaben ihm hinreichende Gelegenheit, sich mit fremden Völkern und fremden Verhältnissen vertraut zu machen. Politisch schloß sich Köster schon in früher Jugend der sozialdemokratischen Partei an. Nach der Revolution war er zuerst in der Reichsleitung tätig. Danach wurde er zum Reichskommissar für die Abstammungsgebiete in Schleswig-Holstein ernannt. Auf diesem wichtigen Posten erwarb sich Köster durch sein entschlossenes geschicktes Eintreten für die deutsche Sache das Vertrauen der gesamten Bevölkerung. Es ist ihm und seiner organisatorischen Tätigkeit mitzuerkennen, daß die Abstimmung in der zweiten Zone für Deutschland ein so überaus günstiges Ergebnis hatte. Durch die Verhandlungen mit dem internationalen Ausschuss in Schleswig-Holstein konnte Köster den Beweis diplomatischer Befähigung erbringen. Zur Zeit befindet sich Köster in Kiel, um die durch den Rapp-Putsch geschaffenen Zustände wieder in geordnete verfassungsmäßige Bahnen zu lenken.

Von dem neuen Minister des Auswärtigen, Adolf Köster, berichtet der „Vorwärts“, daß er sein Mitarbeiter gewesen sei. Nach der „Vossischen Zeitung“ ist er Kriegsberichterstatter gewesen, hat dann als Sekretär bei dem Chef der Reichskanzlei, Kurt Bae, gearbeitet und in Weimar enge Beziehungen zu dem Grafen Brodowski-Ranhou gehabt.

### Ein vorläufiger Kredit für Deutschland

Haag, 9. April. (WZ.) Das Korrespondenzbüro erzählt, daß der vorläufige Kredit für den Anlauf von Lebensmitteln, der in Erwartung des geplanten 60 Millionen-Kredits von den Niederlanden an Deutschland gewährt werden soll, 25 Millionen Gulden betragen würde. Es ist jedoch bezüglich dieses Kredits noch kein Uebereinkommen erzielt worden, da die deutschen Unterhändler bisher keine Vollmacht zu haben scheinen, um namens ihrer Regierung das Kreditabkommen abzuschließen. Außerdem soll dieser Kredit nur gewährt werden können, wenn vollkommen feststeht, welche Lebensmittel und in welchen Mengen für diese 25 Millionen Gulden von Deutschland bezogen werden sollen.

### Das große Aufräumen unter den Wirtschaftsgesellschaften

Berlin, 9. April. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit, daß mit den Kriegsgesellschaften energisch ausgeräumt werde, soweit ihr Fortdauern nicht vorläufig noch durch unsere wirtschaftliche Lage bedingt ist. Eine große Anzahl von ihnen sei bereits zur Liquidation gebracht, und bei einem Teil dieser Gesellschaften sei die Liquidation schon soweit fortgeschritten, daß nur noch Abrechnungsarbeiten in Frage lämen. Die Dienstaufsicht über diese Gesellschaften sei an das Reichsschatzministerium übergegangen. Das läßt sich angenehm, hat doch ein Spießvogel ausgerechnet, daß zur Bewirtschaftung eines Quadratmeters Dachpappe drei Beamte nötig waren. Es ist nur zu wünschen, daß das Reichsschatzministerium die Energie, die das Reichswirtschaftsministerium überragenderweise sich selbst zuschreibt, noch übertrifft und auch dafür sorgt, daß die Abrechnungen sich nicht allzulange hinziehen. Es handelt sich um folgende Gesellschaften: Reichsgesellschaft, Reichshausenfruchtgesellschaft, Hafeneinfahrtsgesellschaft, Tabakverwertungsgesellschaft, Deutsche Rohbau-A.G., Erbsenolgesellschaft, Sattlerledergesellschaft, Reichspostverteilungsgesellschaft für Fußbekleidung, Reichsstelle für Papierholz, Papierholzbeschaffungsgesellschaft, Kriegsausgleich für Rohpappen und Dachpappenindustrie, Kriegsauslandsstelle für Dachpappenteer, Kaufschuldenabrechnungsgesellschaft, Reichsachse, Rammwoll-A.G., Sanftlieferungsgesellschaft, Vaisfahereinfahrtsgesellschaft.

## Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

„Du liebe, liebe Stadt — du beglückst ihn nun — laß ihn nicht fort!“ sagte sie unwillkürlich leise vor sich hin. Jemandem lautete es Mittag. Da begann sie sich und trat den Heimweg an. Und sie nahm sich vor, daß weder Papa noch Wbrecht von diesem traurigen Wiedersehen etwas wissen sollten.

Dies Geheimnis sollte ganz allein ihr Eigen bleiben. Nichts, als ein Stück Schnee, eine Handvoll Primeln, ein halb vereister Bach und die endlose Weite! Aber welches Licht auf dem Schnee — welche Lust in dieser blauen Weite! Wunderbar! Wunderbar!

Sendhausen starrte andächtig auf Serenas Bild. Dann lächelte er noch andächtiger ihre Hand und wandte sich an Mailott.

„Was wünschen Sie, verehrter Herr, Künstlerhaus oder Sezession?“

Mailott lächelte halb stolz, halb verlegen. „Wir werden wohl warten müssen, wo es angenommen wird. Die Hauptsache ist ja, daß es gut ist — immerhin soll es hier nicht leicht sein.“

„Das wohl — natürlich! Aber dieses Bild — wählen Sie: Ist es alles durch, was Sie wollen. Wozu hätte man denn seine Freunde? Wie war ich so froh, sie zu haben, wie jetzt. Den besten Platz muß es bekommen, dafür stehe ich Ihnen!“

Serena stand daneben und dachte sehnlich: „Ach, wenn er es doch sähe! Ob er dann auch noch so gering von mir denken würde? Und ihr war plötzlich, als gelte ihre ganze Kunst nur dem einen, als läge ihr an dem Urteil der ganzen übrigen Welt nicht das mindeste.“

Mila Ternburg trat ein.

„Nun, was ist's? Wir wollten doch auf den Rabenberg, Herr Mailott? Serena, Du bist doch nicht mal angezogen — rasch, rasch, nimm Hut und Sonnenschirm.“

Serena sah verlegen auf ihren Vater.

Schaft, Kriegsindustrie für Leichtschiffverwertung und Reichs-Texil-A.G.

### Eine braunschweigische W. l. s. p. Partei.

Verschiedene Blätter melden aus Braunschweig die Gründung einer braunschweigischen W. l. s. p. Partei unter dem Vorsitz des Hospitanten der deutschen Fraktion der Nationalversammlung Hampe, welche Braunschweigs Selbständigkeit, angegliedert an ein selbständiges Niedersächsen, festhalten am monarchischen Gedanken und ein Stammesfürstentum auf vollständiger Grundlage errichtet unter dem Lösungswort: „Los von Berlin! Festhalten am Reich!“

### Die Gefahr der Auflösung der Einwohnerwehren.

Nach der „Vossischen Zeitung“ fäht man sich in München durch die angeordnete Auflösung der Einwohnerwehren nach den Erfahrungen der Generalstreiklage aufs ernste bedroht, zumal in Innsbruditalen Kreisen, weil die Einwohnerwehren ein Gegenstück zu der teilweise reaktionären Reichswehr gebildet haben. Der „Bayerische Kurier“ schreibt, daß die Einwohnerwehren in Bayern unausslösbar seien.

Nach dem „Volksanzeiger“ soll anstelle der Einwohnerwehren ein Ortschutz in vorläufiger Verbindung mit der Sicherheitswehr besonders in den großen Städten gebildet werden. An Waffen sollen Pistolen und Gummihüpfel zur Einführung kommen. Die Einwohnerwehrententrale im Ministerium des Innern ist bereits aufgelöst worden.

### Anfrage gegen die Generalität der Reichswehr in Kasel.

Berlin, 9. April. (WZ.) Der „Vorwärts“ erhob gestern in einem Artikel „Die Ereignisse in Kasel. Fort mit Schöler und Lohberg!“ die schwersten Vorwürfe gegen die Generale wegen angeblich zweifelhaften Verhaltens in den ersten Tagen des Rapp-Putsches. Das Reichswehrministerium gibt eine Darlegung der Ereignisse, wonach den Vorwürfen, die Reichskommissar Greginsky in einem Telegramm vom 27. März betreffend das militärische Eingreifen in Thüringen erhob, sofort nachgegangen wurde. Dabei ergab sich, daß die Ansicht des Reichswehrgruppenkommandos 11 (General von Schöler) in diesem Falle die richtige gewesen ist. Darauf bezog sich das Telegramm vom 3. April, welches der Reichspräsident und der Reichswehrminister unterzeichneten. Sonstige Vorwürfe waren damals nicht erhoben worden. Am 6. April unterbreitete Greginsky dem Reichswehrminister neue Belastungsmomente über die Haltung der beiden Generale zur Zeit des Rapp-Putsches. Diese wurden vom Reichswehrminister inzwischen an die dafür zuständige Zivilbehörde weitergegeben.

### Schikane in Oberschlesien.

Nach der „Vossischen Zeitung“ hat der Präsident der internationalen Kommission für Oberschlesien den deutschen Bevollmächtigten mitgeteilt, daß die oberschlesischen Mandate zum schlesischen Landtag suspendiert seien. Besucher des Landtages dürften nicht nach Oberschlesien zurückkehren.

### Verbleiben der Reichswehr in der 50 Km.-Zone.

Karlsruhe, 9. April. (WZ.) Zum angeblichen Abzug der Reichswehr schreibt man uns von zuständiger Seite: Die in einigen Zeitungen in den letzten Tagen erschienenen Notizen über den Abzug der Reichswehr aus der 50-Kilometer-Zone sind insofern unrichtig, als die Truppen vorläufig in ihren jetzigen Zonen verbleiben.

### Amerikanische Kinderfreistellungen.

Koblenz, 9. April. Der Vorsitzende der amerikanischen Abteilung der hohen Rheinlandschaftskommission hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß diese Abteilung eine umfassende Speisung sämtlicher unterernährter Kinder in dem von Amerikanern besetzten Gebiet vorbereitet. Es werden überall Küchen eingerichtet, in denen für die Kinder bis zu 10 Jahren, die es nötig haben, täglich ein gutes Mahl bereitet wird. Die notwendige Organisation ist sofort eingeleitet worden.

### Auslieferung zweier Schlachtschiffe.

London, 9. April. (WZ.) Die deutschen Schlachtschiffe „Oldenburg“ und „Rassau“ sind gestern ausgeliefert worden. Die Schiffe wurden auf See von dem Schlachtkreuzer „Tiger“ und der Zerstörerflotille in Empfang genommen und nach dem Firth of Forth geleitet. Die Besatzungen werden auf ein Depotsschiff übergeführt und nach Deutschland zurückgebracht.

### Politische Massenwanderung nach Amerika.

Berlin, 10. April. Aus Breslau wird den „P. N. Nachr.“ geschrieben: Gegen 100 000 Polen wollen nach den

Verenigten Staaten auswandern. Der „Gornier Krakowski“ in Krakau läßt sich aus Warschau berichten, daß sich in den Vereinigten Staaten ein Komitee gebildet hat, das für die Unterbringung von 97 980 Polen, die ihre Familien in den Vereinigten Staaten haben, sorgen will. Mit Schiffabfertigungsgeldern sind Verträge abgeschlossen worden. In Warschau wird eine Zentrale errichtet, in den Städten und Dörfern werden Filialen des Zentralbüros geschaffen. Die Warschauer Regierung soll diesen Plänen ihre Unterstützung zugesagt haben.

### Beruhigung in Italien.

Mailand, 9. April. Der „Avanti“ meldet aus Bologna, daß der Generalkrieg in dieser Stadt vollständig beendet worden ist.

Mailand, 9. April. (WZ.) Dem „Corriere della Sera“ zufolge ist die innere Lage in ganz Italien besser geworden. Die sozialistische Parteileitung Italiens, die einem Generalkrieg abgeneigt war, hat den Sieg über die Anarchisten davongetrugen.

### Hungerstreik in irischen Gefängnissen.

Wie der „Lokalanzeiger“ nach der „Daily News“ berichtet, haben im Gefängnis von Montjoye (Irland), wo hauptsächlich Sinnfeiler inhaftiert sind, 100 Gefangene einen Hungerstreik begonnen.

### Tumultuose im spanischen Parlament.

Madrid, 9. April. (WZ.) Als die Kammer gestern über die den Eisenbahnen zu gewährenden Vorschüsse beriet, drang der Senator Luca Tena, Direktor des Blattes „El Sol“, in den Saal ein und unterbrach den Abgeordneten, der sich auf der Rednertribüne befand. Es entstand großer Lärm. Die sozialistischen Abgeordneten protestierten gegen die Störung der Sitzung. Zwischen mehreren Abgeordneten entstand eine Schlägerei. Dem Präsidenten gelang es schließlich, die Ordnung wieder herzustellen. Die Kammer genehmigte dann die Gewährung der Vorschüsse.

### Freiwillige Versteigerung beim Sultan.

Amsterdam, 9. April. (WZ.) Der türkische Sultan gab dem „Daily Express“ zufolge seine Zustimmung, daß die in seinem Besitze befindlichen Juwelen, Kunstgegenstände und Antiquitäten zugunsten des Staatskassas veräußert werden, um den Fehlbetrag im Staatshaushalt zu decken.

### Die armenische Frage.

Amsterdam, 9. April. (WZ.) „Telegraaf“ meldet, daß sich der Völkerrundrat heute mit der armenischen Frage befaßt. Es werde darüber beraten, welchem Lande das Mandat über Armenien gegeben werden soll. In diesem Zusammenhang werden die Niederlande, Spanien und die skandinavischen Länder genannt.

### Die Weltfinanzkonferenz.

Haag, 9. April. (WZ.) Der „Nieuwe Courant“ meldet drahtlos aus London, daß kürzlich der führenden Staaten der Welt zu der Anfang Mai in Brüssel stattfindenden Finanzweltkonferenz aufgefördert werden sollen. Man hofft, daß Amerika sich ebenfalls beteiligt. Es soll über die Handelskredite und die Währungsfrage beraten werden. „Evening Standard“ zufolge werde jedes teilnehmende Land verpflichtet, der Konferenz seine Bilanz, sein Budget, seine vollkommene Debit- und Kreditlage, sowie seine besonderen Finanzschwierigkeiten mitzuteilen.

### Die Friedensdebatte in Amerika.

Washington, 9. April. (WZ.) Die Debatte über den Antrag auf Abschluß des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland hat am Donnerstag im Repräsentantenhaus begonnen. Man glaubt, daß die Abstimmung schon am Freitag stattfinden wird.

### Amerikanischer Eisenbahnerstreik.

Amsterdam, 9. April. (WZ.) Die „Times“ meldet aus New York: Wegen Entlassung eines Beamten in Chicago ist auf 25 Eisenbahnlinien, die in Chicago enden, ein Streik der Heizer und Maschinisten ausgebrochen. 50 000 Mann sind ausständig. Durch den Streik ist die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung Chicagos ernstlich gefährdet.

### Rückgang der amerikanischen Getreideernte.

Washington, 9. April. (Havas.) Washingtons Getreideernte für 1920 wird in Amerika auf 483 617 000 Scheffel geschätzt, gegen 713 835 000 im Jahre 1919.

### Japan und die Revolution in Vladivostok.

Tokio, 9. April. (WZ.) Die revolutionären Streitkräfte in Vladivostok sind fast vollständig durch die japo-

Serena nicht gestört. Sie wunderte sich im stillen, wie verändert Mailott war, seit sie in Wien weilte. Die finstern, vergrämte Miene war wie weggeblasen, eine helle Fröhlichkeit schien immer mehr von ihm Besitz zu ergreifen.

Sie blühte den beiden nach, wie sie durch den Garten schritten gleich guten Kameraden, die sich einen frohen Tag machten.

Eigentlich konnte es Serena nicht begreifen. Wenn sie daran dachte, wie sie ihren Vater in San Pietro d'oro gefunden hatte, an die Bilder, die er damals malte, das düstere Wäldchen in alten Scherzen, der schwarze Sarg im Schrein mit Mamas Andenken — und heute!

Es war, als sei mit dem Sarg auch das ganze Leben des Mannes in San Pietro d'oro gestorben.

Manchmal kam er Serena ganz fremd vor. Damals hatte sie ihn besser verstanden, sich ihm näher gefühlt. Heute war ihr manchmal, als hätten sie die Rollen getauscht. Während er und Mila jünger gewesen, sie hätte — so ungeheuerlich ihr der Gedanke vorkam — an eine plötzlich erwachende neue Liebe gedacht. Aber sie waren beide alt und grau und dahinten nicht im Traum an dergleichen.

Es war lediglich das Vergehen, das ihn so verändert hatte. Wie eine Pflanze, die in düstrem kaltem Erdreich gestanden und nun plötzlich zu Wasser und Licht gekommen ist — schließlich, Mila verstand es auch, einem das Leben gemächlich zu machen!

Serena seufzte.

„Und doch begreife ich Papa nicht. Wir machen sie ja auch gemütlich und bequem, und doch kann ich nicht verstehen. Oder ist es so anderes, ob man um Totes oder Lebendigen trauert? Meine Seele sitzt noch immer gefangen und bangt sich und dürstet und kann nicht frei werden — Todesschmerz liegt über ihr.“

Sie fuhr zusammen — draußen an der Eingangstür, daß es geknarrt. Kam jemand? Erhob sie sich, aber da hinter den beiden Ausgüßern nicht abgeschlossen hatte.

Sie wollte hinaus, um es nun zu tun, aber da schallte schon die Axtelstür und Sendhausen stand vor ihr.

(Fortsetzung folgt.)



Truppen entwaffnet. Es wurden Maßnahmen getroffen gegen unzulässige Handlungen russischer Truppen. Die japanischen Behörden haben Verhandlungen eingeleitet im Interesse der Wahrung der Ordnung.

## Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, 12. April 1920.

(-) **St. Kommunion.** In feierlichem Zuge wurden gestern hier durch Herrn Stadtpfarrer Geistlichen Rat Hengel, 166 Kinder (14 Anaben und 72 Mädchen) von der Werner-Schule aus zum Dom geleitet, woselbst sie die erste St. Kommunion empfingen.

**Entscheidung eines alten Limburger Rechtsstreites.** Vor dem Oberverwaltungsgericht wurde ein Rechtsstreit zu Ende geführt, welchen die evangelische Kirchengemeinde zu Limburg und andere Anlieger der oberen Schiede gegen den Magistrat der Stadtgemeinde Limburg angedreht hatten. Nachdem die evangelische Kirchengemeinde und Genossen vom Magistrat zur Zahlung von Ausbaurkosten der oberen Schiede herangezogen worden waren, erhoben sie nach fruchtlosem Einspruch Klage mit dem Antrage auf Freistellung von den geforderten Ausbaurkosten, da die obere Schiede bereits zur Zeit des Inkrafttretens des ersten Urteils eine vorhandene Straße im Sinne des Paragraphen 15 des Fluchtliniengesetzes gewesen sei. Der Magistrat verteilte den entgegengesetzten Standpunkt und betonte, daß der obere Schiede zur kritischen Zeit alle Einrichtungen einer künftigen Straße fehlten; im Jahre 1879 sei lediglich der Fluchtlinienplan festgestellt und mit der Anlage begonnen worden. Nach vorgenommener Beweiserhebung entschied der Bezirksausschuß im wesentlichen zu Ungunsten der Anlieger der oberen Schiede und nahm an, daß die obere Schiede in dem in Frage kommenden Teil nicht zu den vorhandenen Straßen gerechnet werden könne, es liege vielmehr eine neue Straße vor, deren Anlieger zur Zahlung von Ausbaurkosten verpflichtet seien. Zur Zeit des Erlasses des ersten Urteils habe die notwendige Befestigung der oberen Schiede in keiner Weise den Anforderungen entsprochen, die an eine feinstädtische Straße zu stellen seien. Die obere Schiede habe sich damals in demselben Zustande wie heute die untere Schiede befunden, letztere habe nicht den Charakter eines künftigen Verkehrsweges, sondern den einer außerhalb der Stadt liegenden Promenadeallee. Allerdings habe eine geringe Herabsetzung der geforderten Kosten zu erfolgen, da die Kosten vom Magistrat unrichtig berechnet worden seien. Gegen diesen Urteil legten sowohl die Anlieger als auch der Magistrat Limburg Revision beim Oberverwaltungsgericht ein, welches auch die Vorentscheidung aufhob und im Prinzip zugunsten des Magistrats erkannte, indem geltend gemacht wurde, es sei anzunehmen, daß die Forderung des Magistrats zulässig gewesen und keine Verjährung eingetreten sei, es sei kein Verzicht auf die Beitragsforderung erfolgt worden. Im Widerspruch zu der Annahme des Vorderrichters sei die Berechnung der Ausbaurkosten durch den Magistrat als zureichend anzusehen, denn nach Paragraph 15 des Fluchtliniengesetzes seien die Kosten der Gesamtherstellung zusammenzurechnen und die Gesamtsumme auf sämtliche Anlieger der Straße zu verteilen. Lediglich die zu Ausbaurkosten veranlagten Erben des Hotelbesizers Hochfärber seien freizustellen, da sie zur Zeit des Erlasses des Einspruchsbeschlusses nicht mehr Eigentümer der in Frage kommenden Grundstücke gewesen seien.

— **Idstein, 10. April.** Ein Streit in dem Stadtkorrespondenzkollegium über die Bürgermeistereiwahl hat, nachdem der gewählte Kandidat die Annahme des Postens abgelehnt hat, dazu geführt, daß der langjährige Stadtkorrespondent Direktor Schwenk sein Mandat als Stadtkorrespondent niederlegte. Drei Nachfolger Schwenks auf der Wahlliste leiteten die Uebernahme des Mandats gleichfalls ab.

— **Lauterbach, 10. April.** Bei Salz wurde auf bisher nicht gekannte Weise der Zimmermeister Johannes Heindrich von einem Hölzer angegriffen und schwer verletzt.

— **Bad Nauheim, 9. April.** Eine hiesige Einwohnerin hat von dem Erbsen eines Hühnerkaufes den größten Teil dem Reichsbund und der Kriegsbeschädigten-Ortsgruppe Nauheim zur Unterstützung notleidender Kriegsbeschädigter überwiesen.

— **Mädchenhandel!** Unter 6000 Mädchen, die sich in den öffentlichen Häusern von Buenos Aires befinden, sind 1190 deutsche durch schändlichen Mädchenhandel dorthin verschleppt worden. Ganz besonders sind diese gewissenlosen Geheulen im besetzten Gebiet und auf den Bahnhöfen, aber auch in Kaffees und Konzerthallen tätig. Sie treten, wie die „Schl. Volkswacht“ feststellt, in jeder Form auf: als Soldaten, Offiziere, seine Herren, als Nonnen und Pensionskassen, Villenbesitzerinnen usw. Ledende Kätzchen, befinden sich besonders auch in Propagandablättern.

## Kurzer Wochenbericht der Preisoberaufsicht des Deutschen Landwirtschafters vom 2. bis 9. April 1920.

Auch in der verfloßenen Berichtswoche war der Verkehr unregelmäßig, teils unterbrochen durch die Feiertage, teils beschränkt durch weitere Unruhen im Ruhrgebiet und durch den Einmarsch der Franzosen in einige der wichtigsten Handels- und Industriestädte des Westens als Antwort auf die Bemühungen der deutschen Regierung, den Aufruf im Ruhrgebiet durch Waffengewalt zu unterdrücken. Das ohnehin schon sehr still gewesene Produktionsgeschäft im und nach dem Westen wurde dadurch weiter ungünstig beeinflusst und das trug mit dazu bei, die bereits aus der Vorwoche übernommene flau Marktlage noch zu verschärfen. In allen Artikeln des freien Marktes fehlte es an Käufen mit Hülfsfrüchten, Hafer und Haferabfällen zunächst reichlich versorgt und blieben wieder ebenso dem Markt fern, wie die Hafermüllern, deren Erzeugnisse scharf im Preise zurückgegangen waren. Auch die für laufende Saison vorrätigen Reichsversorgungsämter hatten für Hafer keinen Verbrauch mehr und die Kaufleute, die für die noch lange Verbräuchzeit bis zur kommenden Ernte viel Ware eingetauscht hatten, ließen in der Mehrzahl eher Reue zur Abholung der Waren als zur Aufnahme des neuen Verkaufsmaterials, weshalb die Preise am Produktmarkt auf der ganzen Linie weiter zurückgingen. Zum Teil war die Ursache hierfür in der gemachten deutschen Valuta und damit für Hülfsfrüchte der Wettbewerb der holländischen Walle spielen. Vom 31. März bis 8. April war der Preis selbst bis 180 Mark zurückgegangen, Erbsen, für die fast nur Abnehmer und keine Käufer vorhanden waren, sind in der

nichtamtlich ermittelten Notiz der Viktoriaerbsen von 400 bis 500 Mark auf 350 bis 460 Mark herabgesetzt, für andere Erbsen von 300 bis 400 auf 250 bis 350 Mark. Weniger stark war der Rückgang für alle anderen Hülfsfrüchtearten und für Geradella, doch zeigten sie auch durchweg trübe Tendenz. Besonders scharf waren die Rückgänge für Hafermüllern, namentlich für Stroh, das, nachdem die Ämter ihre Anschaffungen eingestellt hatten, in sehr großen Massen noch eintraf und weiter angeboten wurde. Die nichtamtliche Berliner Notiz ist für Weizenheu von 52 bis 54 auf 48 bis 50 Mark, für Preßkuchen von 31,5 bis 32,5 auf 25 bis 26 Mark, für gebündeltes von 29 bis 30 auf 22 bis 23 Mark zurückgesetzt, und nach der Schlussnotiz ist noch merklich billiger gehandelt worden. Für Hafer wurde heute an der Berliner Produktenbörse amtlich notiert: für 1000 Kilogramm auf sofortige Abladung 3500 bis 3360 Mark.

## Amtlicher Teil.

(Nr. 82 vom 12. April 1920.)

Bei der Wahl des Beamtenschaususses der Landgendarmarie für den Kreis Limburg (Rahn) und Glashofen sind für das Kalenderjahr 1920 gewählt worden:

1. Der berittene Gendarmierwachtmeister Hartmann in Limburg (Rahn),
2. Der Fuß-Gendarmierwachtmeister Kausch in Dorchheim,
3. Der elfsch-Lothringische Hilfsgendarmier-Wachtmeister Petro in Rirberg.

Einsprüche gegen die Wahl sind von den Wahlberechtigten binnen einer Ausschlussfrist von 14 Tagen bei mir anzubringen. Limburg (Rahn), den 3. April 1920.

A. 521.

Der Landrat.  
Schellen.

Nach § 3 Nr. 2 des neuen Umfassungsgesetzes vom 24. Dezember 1919 sollen Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindevorstände wegen der Schlachthöfe, Gas- und Elektrizitäts- und Wasserwerke von der Umfassungsgesetzgebung freigegeben sein. Es handelt sich bei diesen Unternehmen vom 1. Januar 1920 an nicht mehr um die Anerkennung als gemeinnützige Betriebe, die Steuerfreiheit tritt vielmehr ohne weiteres ein. Sie kann aber bei dem Grundbesitzer, von dem das Umfassungsgesetz ausgeht, daß jeder wirtschaftliche Umfassung der Besteuerung unterliegen soll, nicht soweit ausgedehnt werden, daß die öffentlichen Betriebe auch Steuerfreiheit genießen, soweit sie innerhalb ihrer Tätigkeit mit nichtöffentlichen Unternehmen in Wettbewerb treten und Umsätze ausführen, die an sich Sache der freien wirtschaftlichen Betätigung sind. Die Steuerfreiheit hat sich vielmehr auf die Einnahmen aus den mehr oder weniger dem öffentlichen Wohle dienenden Leistungen der Betriebe zu beschränken. Hierunter fallen die Gebühren für die Benutzung einer Anlage, wie z. B. des Schlachthofes, oder für die Inanspruchnahme von Leistungen, der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken z. B. die Bezugsgebühr für Gas- elektrische Kraft und Wasser einschließlich der Gebühren für die Ueberlieferung von Uhren und Strommessern; außerdem die Gebühren für die notwendigen Anschlußarbeiten (Installationen).

Ausgeschlossen haben dagegen bei Schlachthöfen die Einnahmen aus dem Verkauf von Fleisch, Eiern, Düngern u. a. bei Gas- und Elektrizitätswerken die Lieferung von Beleuchtungsstörtern und sonstigen Gegenständen, die nicht zu den bei einfachen Anschlußarbeiten erforderlichen gehören. Entsprechendes gilt für Wasserwerke, bei denen u. a. auch die Lieferung etwaiger hauswirtschaftlicher oder gewerblicher Inneneinrichtungsgegenstände steuerpflichtig bleiben. Es ergeht geboten, für die in Rede stehenden Anlagen auch unter der Herrschaft des alten Gesetzes, das für die Steuerbefreiung ihre Anerkennung als gemeinnützige Unternehmen im Einzelnen zur Voraussetzung machte, allgemein nach diesen Grundsätzen zu verfahren. Es ist also für die Zeit bis 31. Dezember 1919 von der Veranlagung dieser Unternehmen zur Umfassungsteuer in den gezogenen Grenzen allgemein abgesehen, wenn es auch wegen Ablehnung der Anerkennung als gemeinnützige Unternehmen bisher nicht angängig gewesen sein sollte. Änderungen bereits rechtskräftig gewordener Veranlagungen sollen hierdurch nicht herbeigeführt werden, sie werden auch aus Billigkeitsgründen nicht zugefunden werden.

Ich ersuche ergebend, die Umfassungsteuerämter mit Weisung zu versehen. Es erfolgt Veröffentlichung im Reichssteuerblatt.

Berlin, den 28. Februar 1920.

Der Reichsminister der Finanzen.  
Im Auftrage gez.: v. Laer.

III. U. 807 Ph.

**Den Herren Bürgermeistern der Landgemeinden des Kreises, der Stadt Canb, sowie den Landgemeinden Sauerthal, Strich und Welterod zur gefl. Kenntnis und Beachtung.**  
Limburg, den 8. April 1920.  
A. U. 147.

Betrifft die armenrechtlichen Beziehungen zwischen den Armenverbänden in Preußen, besonders auch in den besetzten und den Abtretungsgebieten und in den vom Reich abgetretenen Gebieten.

Es herrscht vielfach Unklarheit über die durch den Friedensvertrag von Versailles geschaffene Rechtslage zwischen den Armenverbänden in den preussischen Abtretungsgebieten und dem übrigen Teil des Staates und den bisher zu Preußen bezug dem Reich gehörigen armenrechtlichen Verhältnissen, welche in den abgetretenen Gebieten belegen sind.

Den Armenverbänden wird — vorbehaltlich der Rechtsprechung der Spruchbehörden — empfohlen, bis auf weiteres nachfolgenden Standpunkt einzunehmen:

1. Die **Abtretungsgebiete** und die besetzten Landesteile, also insbesondere auch das Saargebiet, Eupen-Malmédy und ganz Schleswig, sind nach wie vor Bestandteile Preußens und damit des Reiches. Ebenso sind die sonstigen außerpreussischen, zu Bayern, Baden, Hessen und Oldenburg gehörigen Gebiete, welche z. B. fremdbürgerliche Befehung unterliegen, Teile des Reiches geblieben. In den armenrechtlichen Beziehungen zwischen den Armenverbänden dieser Gebiete und denen des Reiches ist also eine Änderung durch den Friedensvertrag überhaupt nicht eingetreten.

II. Die bisher zu Preußen oder zum Reich gehörigen Gebiete, welche infolge des Friedensvertrages abgetreten worden sind, sind mit dem Augenblick der Abtretung **Ausland** geworden. Infolgedessen haben die Rechtsbeziehungen der deutschen Armenverbände zu den dortigen Armenverbänden aufgehört.

1. Der im Abtretungsgebiet Unterstützungswohnortsberechtigte, welcher im preussischen Staatsgebiet unterstellt wird, hat damit seinen reichsrechtlichen Unterstützungswohnort verloren und ist landarmenrechtlich.

2. Für den preussischen Armenverband, auf dessen Rechnung der Hilfsbedürftige bisher im Abtretungsgebiete unterstellt worden ist, ist die Erhaltungspflicht an den unmittelbar unterstehenden Armenverband des Abtretungsgebietes für die für die Zeit nach der Abtretung gewährte Unterstützung erloschen.

3. Desgleichen hat aber auch der Preussische Armenverband keinen rechtlichen Anspruch mehr, von dem abgetretenen Armenverband Erstattung der von ihm nach der Abtretung gewährten Unterstützungen zu verlangen.

4. Uebernahme- und Ueberführungsansprüche dieser jezt ausländischen Armenverbände oder an sie können nicht mehr im Wege des armenrechtlichen Verfahrens (§ 34 ff. des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnort vom 30. Mai 1908 — R. G. Bl. S. 381 —) unmittelbar durch oder gegen preussische Armenverbände geltend gemacht werden.

5. Dagegen bestehen die gegenseitigen Erstattungsansprüche für die, für die Zeit bis zur Abtretung gewährten Unterstützungen zu Recht und werden durch den Friedensvertrag grundsätzlich nicht berührt. Ihre Einbringung kann allerdings nicht mehr in armenrechtlichen Spruchverfahren vor preussischen Behörden herbeigeführt werden, da die Behörden der Abtretungsgebiete den Entscheidungen preussischer Spruchbehörden keine Folge geben dürften; sie können nötigenfalls, soweit nicht, wie unter Nr. 7, Sonderbestimmungen getroffen sind oder getroffen werden, nur noch in derselben Weise verfolgt werden, wie überhaupt öffentliche Rechtsansprüche im Auslande, d. h. regelmäßig nur auf dem durch Vermittelung des Reichsministers des Auswärtigen Angelegenheiten zu beschreitenden diplomatischen Wege.

6. Das **Memelland**, die freie Stadt Danzig und die an Polen und die Tschecho-Slowakei (Hultschiner Ländchen) abgetretenen Gebiete sind gemäß Artikel 83 Absatz 1—8, 87, 89 und 100 des Friedensvertrages (R. G. Bl. S. 687 ff.) mit dem 10. Januar 1920 Ausland geworden.

7. **Elb-Verdrängen** ist gemäß Artikel 51 des Friedensvertrages mit dem 11. November 1918 aus dem Reichsgebiet ausgegliedert. Wegen der Einbringung der Armenpflegekosten für die Zeit vorher ist Artikel 72 des Friedensvertrages maßgebend. Die Erstattungsansprüche sind von den Armenverbänden unmittelbar bei dem Reichsministerium des Innern, Abteilung für Elb-Verdrängen, in Berlin W. 8, Wilhelmstraße 72, durch die Hand der Kommunalaußsichtsbekörde, welche vord er Weitergabe für die vollständige Befähigung der anspruchsbegründenden Unterlagen zu sorgen, hat, anzumelden.

Berlin W. 86, den 9. März 1920.

Leipzigerstraße 3.

III. E. 198. Der Preussische Minister für Volkswirtschaft.

An die Herren Bürgermeister des Kreises und der neutralen Gemeinden.

Wird veröffentlicht.

Ich ersuche um genaue Beachtung.

Limburg, den 8. April 1920.

A. U. 1234. Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Es scheint mir zu meinem Bedauern nicht angängig, die Erwerbslosenfürsorge für die Jungfrauen, die nach beendeter Ausbildung keine Beschäftigung finden können, besonders zu regeln. Jede Abweichung von den allgemeinen Vorschriften der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge, die ich zugunsten eines einzelnen Standes treffen würde, würde zahlreiche und nicht untergeordnete Ansprüche anderer Stände und Berufe auslösen und damit die einheitliche Handhabung der Erwerbslosenfürsorge völlig unmöglich machen. Die Frage, ob die hiesigen Schulamtsbewerber jede ihnen zugewiesene Arbeit übernehmen müssen, wenn sie der Erwerbslosenfürsorge unterstehen, muß deshalb nach den allgemeinen Bestimmungen der Reichsverordnung, insbesondere nach dem § 8 in der Fassung vom 26. Januar 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 98) beantwortet werden. Somit ist auch der erwerbslose Jungfrau verpflichtet, eine Arbeit, anzunehmen die außerhalb seines Berufes und Wohnortes liegt, wenn sie ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Die Weigerung, sie anzunehmen, kann nur damit begründet werden, daß für die Arbeit nicht angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, die Unterkunft stiftlich bedenklich ist und daß bei Verheirateten die Versorgung der Familie unmöglich wird. Ebenso müssen sich die Jungfrauen der allgemeinen Kontrolle unterwerfen, die ein wesentlicher Bestandteil der Erwerbslosenfürsorge ist. Diese Kontrollen macht es regelmäßig unerlässlich, daß die Erwerbslosen sich ihr Geld selbst von der Kasse abholen.

Allgemein darf ich noch bemerken, daß die hiesigen Schulamtsbewerber selbstverständlich nur dann für die Erwerbslosenfürsorge in Frage kommen, wenn ihre Erwerbslosigkeit sich als eine Folge des Krieges darstellt. Soweit ich die Verhältnisse zu übersehen vermag, wird das nicht allgemein der Fall sein.

Berlin, den 29. Februar 1920.

Der Reichsarbeitsminister.

gez.: Geib.

I E 797/20.

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin, Unter den Linden 4.

An die Herren Bürgermeister des Kreises und der neutralen Gemeinden

Abdruck zur Kenntnis und Beachtung.

Limburg, den 9. April 1920.

A. U. 1337. Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

(Schluß des amtlichen Teils.)

## Gottesdienstordnung für Limburg.

Ratholische Gemeinde.

Dienstag 7 1/4 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Wilhelm Pier. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Johann Anton Brämann und Ehefrau.

Mittwoch 7 1/4 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Domdekan Jakob Böhr. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Josef Mühlbach und Ehefrau.

Donnerstag 7 1/4 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Frau Judith Grimm. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Jakob Krophmann und dessen Mutter Anna geb. Wahn.

Freitag, 7 1/4 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Frau Amalie Busch geb. Trombetta. Um 8 Uhr im Dom Jahramt für Frau Marg. Sieber und Angehörige.

Samstag 7 1/4 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Peter Egenolf Ehefrau und Kinder. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Familie Geibel.

Um 4 Uhr nachmittags Gelegenheit zur St. Beichte.

Am nächsten Sonntag ist Kommunion der Jungfrauen.



## Bekanntmachung

beiz. Verlängerung des ersten Steuerabschnittes für die Einkommensteuer und die erhöhte Umsatzsteuer.

Aufgrund allgemeiner Anordnung des Reichsministers der Finanzen vom 1. 3. 20 wird die Frist zur Einreichung der ersten Steuererklärung (bisher 1. 4. 20) über die nach §§ 15 und 21 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 **erhöht** umsatzsteuerpflichtigen Leistungen (Anzeigen, Beherbergungen, Verwahrung, Reklamentierung) verlängert und der Steuerabschnitt anstatt des bisherigen Kalenderjahres auf das **Kalenderhalbjahr** festgelegt.

Die Einreichung der Steuererklärung über die **Umsatzsteuerpflichtigen** Gegenstände und **erhöht umsatzsteuerpflichtigen** Leistungen hat also erst im **Juli 1920** zu erfolgen.

Limburg, den 9. April 1920.

9(82) Der Magistrat (Umsatzsteueramt).

## Volksschule Limburg.

Die Aufnahme der schulpflichtig werdenden Kinder findet am **Donnerstag den 15. April** statt und zwar die der **Knaben** um **10 Uhr** in der Werner Sengerschule, die der **Mädchen** um **11 Uhr** in der Hospitalschule.

Michels, Rektor.  
Leng, Hauptlehrer.

10(82)

## Stundenplan

der gewerblichen Fortbildungsschule für das Sommerhalbjahr 1920.

Der Unterricht findet statt für die Klassen:

I. Der Maler etc.:

Dienstag von 4 bis 7 Uhr nachmittags,  
Donnerstag von 3 bis 6 Uhr nachmittags.

II. Der Buchgewerbetreibenden usw.

Montag von 2 bis 7 Uhr nachmittags  
Donnerstag von 3 bis 6 Uhr nachmittags dazu nur im April  
Dienstag von 5 bis 7 Uhr nachmittags

III. Der Baugewerbetreibenden:

Donnerstag von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags  
oder Freitag von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

IV. Der Metallarbeiter:

1. Unterklasse	Montag	von 8 Uhr vorm.	bis 3 Uhr nachm.
2. "	Dienstag	"	"
1. Mittelklasse	Samstag	"	"
2. "	Dienstag	"	"
3. "	Dienstag	"	"
1. Oberklasse	Freitag	"	"
2. "	Mittwoch	"	"

V. Der Schuhmacher:

Montag von 1 bis 7 Uhr nachmittags.

VI. Der Schneider, Sattler etc.:

Dienstag von 4 bis 7 Uhr nachmittags

Mittwoch von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

VII. Der Bäcker, Konditoren etc.

Mittwoch von 3 bis 7 Uhr nachmittags,

die Konditoren außerdem:

Montag von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

VIII. Der Metzger, Fleischer, Friseur:

Mittwoch von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

IX. Der Arbeiter, Hausburlichen Gärtner, Arbeitslosen:

1. Klasse: Mittwoch von 3 bis 7 Uhr nachmittags

2. Klasse: Donnerstag von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

Limburg (Lahn), den 31. März 1920. 2(78)

Der Magistrat.

## Brennholzverkauf, Oberförsterei Wörsdorf.

Försterei Limbach, am **Freitag den 16. April, vormittags 9 1/2 Uhr** auf der Fuhrenstraße. 3(82)  
Dist. 1 Koppel. Bu.: 143 Km. Scheit, 68 Km. Knüpp., 16,05 Hbt. Niederweller 3. Kl. Na: 1 Km. Knüpp. Händler und Wiederverkäufer sind vom Wettbewerb ausgeschlossen.

## Kaufe

Autobereifung und Ersatzteile,  
Personen- und Lastautos  
auch defekt. 13(66)

**Fahrzeug-Industrie Limburg (Lahn)**  
Nic. Hohn.

## Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-  
Deutschlands bedeutendste Zeitung:

## Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten  
und Kupferstichdruck-Beilage  
Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:  
Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):  
monatlich M. 6.—, vierteljährlich M. 18.—  
Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):  
monatlich M. 5.—, vierteljährlich M. 15.—  
Probenummer kosten- u. portofrei.  
Weit über 150000 Abonnenten.

**Postkarten** werden sauber angefertigt in der  
Druckerei des Kreisblattes.

# Aufruf

## zur Bekämpfung der Geschlechts- krankheiten.

Mit der Demobilisierung ist eine erschreckende Vermehrung der Geschlechtskrankheiten eingetreten und es werden die Familien und damit der Gesundheitszustand unseres gesamten Volkes aufs äußerste bedroht. Die energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist daher dringend erforderlich.

Diese Krankheiten werden nicht nur durch den Geschlechtsverkehr, sondern auch auf mancherlei andere Art verbreitet.

Alle Geschlechtskrankheiten sind sicher heilbar, wenn sie frühzeitig in Behandlung kommen, d. h. früher, als eine Allgemeinerkrankung des Körpers zustande gekommen ist. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Geschlechtskranken möglichst früh in ärztliche Behandlung kommen.

Nur die Ärzte sind imstande, die Geschlechtskrankheiten rechtzeitig zu erkennen und erfolgreich zu behandeln. Man zögere daher nicht, bei verdächtigen Haut- und Schleimhauterkrankungen **sofort einen Arzt um Rat zu fragen.**

Kranken, welche die ärztliche Behandlung nicht bezahlen können, kann kostenfreie ärztliche Behandlung zuteil werden.

Der Vorsitzende des  
Kreisausschusses:

Schellen,  
Landrat.

Namens der Ärzte von  
Limburg und Umgebung:

Der Kreisarzt  
Dr. Tenbaum, Medizinalrat.



## Limburger Ruderklub 1907 E. V.

Zu der am **Samstag den 17. April 1920, abends 8 1/2 Uhr** im Bootshaus stattfindenden

## Ausserordentlichen Generalversammlung

erlauben wir uns unsere Mitglieder hierdurch höflich einzuladen.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der letzten Protokolle.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Statuten-Änderung.
4. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet  
8(82) Der Vorstand.

Sofort gesucht:

## 30 Maurer und Handlanger.

Unterkunft und gute Verpflegung in unserer Menage.

## Gewerkschaft Sachtleben,

2(82)

Weggen (Venne).

Junge mit guter Schulbildung als

## Lehrling

in unsere Setzerei sofort

— gesucht. —

## „Limburger Anzeiger“

(Amtliches Kreisblatt)

Limburg a. d. Lahn,  
Brückengasse 11.

## Deutsche Warte

Für: Heimstätten Gegen: Bodenwucher

Herausgeber:  
Dr. jur. h. c. Adolf Damaschke

der bekanntlich von Männern und Frauen  
aller Parteien als Kandidat für die  
Reichspräsidentenschaft  
aufgestellt ist)

M. 2.— monatlich  
(mit 6 Beilagen wöchentlich)

Verlag der Deutschen Warte,  
Berlin NW 6.

## Eine Pubfran

für sofort gesucht. 4(82)

**Bank für Handel  
u. Industrie.**  
Niederlassung Limburg (Lahn)

## Eine Pubfrau

ge sucht. 6(82)

**Westheimer & Co.**

## Braves Mädchen

ge sucht. 4(78)

**Bäckerei Wendt**

Ein noch gut erhaltener

## großer Pferdestall

steht zum Verkauf bei 5(82)

**Alwin Deuser,**

Waggonmeister, Kirschen.

Ein Paar junge, schwarze

## Pferde,

Stute, seit 2. März gezeugt

steht zum Verkauf bei

**Richard Beder,**

Kirschen (Pfeiffermühl).

## Frische Seefische

eingetroffen 11(82)

**Rudolf Eulberg,**

Limburg, Neumarkt 1.

Handwerker

Gewerbetreibende

untenst Auskunft, Rat und Hilfe

in allen Angelegenheiten.

Wirtschaftsprüfung

Fachliche Beratung

Steuersachen

Rechtsfragen

Technische Rat

Forderungen

Buchführung

durch die Geschäftsstelle

des Kreisverbandes

für Handwerk und

Gewerbe

Limburg a. d. Lahn

im Schloss Forum 300

## Apfel- und Birnwein

zu kaufen gesucht. Ob mit Angabe von Menge und  
Preis unter Nr. 1(82) an die Expd. d. Bl. erbeten.

## Lehrverträge

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei

## Der „Limburger Anzeiger“

(Amtl. Kreisblatt)

unterhält an folgenden Orten

## Agenturen,

bei denen jederzeit ein

## Abonnement

begonnen werden kann:

Staffel, Frau Spieker  
Dietkirchen, Frau Joh. Phil. Schmidt  
Steeden, Frau Volkwein  
Ennerich, Frau Hild  
Linter, Frau Huber  
Mensfelden, Frau Koch  
Reesbach, Paul Seel  
Heringen, Frau Albert Rau  
Holzheim, Frau Schupbach  
Flacht, Frau Ww. Jung  
Niederneifen, Frau Labonté  
Oberneifen, Frau Ww. Ott  
Nehbach, Frau Karl Schermuly  
Hahnstätten, Frau Gilbert  
Kaltenholzhausen, Frau Hofmann  
Burgschwalbach, Frau Ww. Hasselbach  
Rüdershausen, Frau Philipp Euler  
Haufen u. Mar, Frau Wilhelm Nettert  
Kettenbach, Frau Ww. Busbach.